



Zeugnis für Kultusminister Tonne: nur 1 von 11 Punkten erreicht

Einleitung

Zu Beginn seiner Wahlperiode hatte der Regionseftrnat beschlossen, sich künftig enger und intensiver in politische Entscheidungen im Schulbereich einzubringen. Dazu sollte auch ein direkter Kontakt zum neuen niedersächsischen Kultusminister Grant Hendrik Tonne aufgebaut werden.

Zur Vorbereitung auf ein erstes Gespräch mit ihm hatte der Regionseftrnat Hannover einen umfassenden Themenkatalog ausgearbeitet und im Detail formuliert, der Herrn Minister Tonne mit unserer Bitte um ein Gespräch zugesandt wurde.

Am 13. August 2018 fand das Gespräch des Kultusministers mit dem Vorstand des Regionseftrrates Hannover und dem Vorsitzenden des Landeseftrrates Niedersachsen statt.

Der RER-Vorstand war damals mit der Grundeinstellung in das Ministergespräch gegangen, dass angesichts der jahrelangen politischen Unterlassungen sich an den Schulen Probleme in einer Größenordnung aufgestaut hatten, die kein Minister kurzfristig beseitigen kann. Uns war daher wichtig, zu hören, ob der Minister Konzepte entwickelt hat oder entwickeln will, die geeignet sind, nach entsprechender Vorlaufzeit die bestehenden eklatanten Probleme an den niedersächsischen Schulen Schritt für Schritt zu verbessern und schließlich zu beseitigen.

Die Einschätzung des RER-Vorstands nach dem Gespräch mit dem Minister soll hier bereits vorweggenommen werden: Die Ansätze des Ministers wurden von uns positiv aufgenommen, was nachfolgend auch mit detaillierten Beispielen belegt wird. Allerdings haben wir damals auch unterstrichen, dass es Aufgabe von uns Elternvertretern sein muss, zu verfolgen, ob und wenn ja, wie die vom Minister geplanten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Erst wenn sich das bestätigt hätte, wäre unsere positive Einschätzung aus dem Ministergespräch auch bestätigt worden!

Ein dreiviertel Jahr später ist die Zeit gekommen, um die damaligen Ankündigungen des Ministers mit den Ergebnissen zu bilanzieren. Die Aussagen des Ministers entnehmen wir unserem ausführlichen, am 25. August 2018 zeitnah erstellten Protokoll; die Ergebnisse entnehmen wir Landtagsdrucksachen, Äußerungen des Kultusministers, des Ministerpräsidenten und den Medien.

Vor diesem Hintergrund führte der Regionseftrnat mit Saskia Döhner, Hannoversche Allgemeine Zeitung, ein ausführliches Gespräch, über das die HAZ am 1. Juli 2019 auf der Titelseite und auf Seite 9 berichtete.

Liste der Themen, zu denen der Kultusminister Ankündigungen am 13. August 2018 machte:

1. Ganztagsschulen und Inklusion sind die wichtigsten Ursachen für den ständig steigenden Personalbedarf an den Schulen – so der Minister
2. Die Berechnung der Kennzahl zur Unterrichtsversorgung ist Mist
3. Zahl von Quereinsteigern erneut gestiegen
4. Zusätzliche Lehrkräftekapazitäten durch Anhebung der nichtanrechnungsfähigen Stunden von Pensionären
5. Abordnungen an Grund-, Haupt- und Realschulen
6. Stadt-Land-Gefälle der Unterrichtsversorgung
7. 70% der eingestellten Lehrkräfte wurden in Niedersachsen ausgebildet
8. In ostdeutschen Ländern wird wieder mit dem Beamtenstatus um Lehrer geworben
9. Zeitnahe Imagekampagne für den Lehrerberuf nötig
10. Imagekampagne allein reicht nicht
11. Gemeinsame Planung der Ausbildungskapazitäten durch das Wissenschafts- und das Kultusministerium

1. Ganztagsschulen und Inklusion sind die wichtigsten Ursachen für den ständig steigenden Personalbedarf an den Schulen – so der Minister

Vor diesem Hintergrund sei er sehr froh, dass es gelungen ist, zum Schuljahresbeginn 2018/19 insgesamt 300 Lehrer mehr einzustellen, als ausgeschieden sind. Eingestellt wurden zum Schuljahresbeginn 1.883 Lehrkräfte (davon 230 Quereinsteiger), und das seien 300 Kräfte mehr als durch Pensionierungen und andere Abgänge insgesamt ausgeschieden seien. (Daraus folgt rechnerisch, dass die Zahl der ausgeschiedenen Lehrkräfte bei fast 1.600 gelegen haben muss. Die tatsächliche Zahl der Abgänge ist aber in den veröffentlichten Zahlen des Ministeriums zum Schuljahresbeginn 2018/19 nicht nachzulesen).

Zusammen mit den Mehreinstellungen zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2017/2018 von ebenfalls etwas mehr als 300 Lehrkräften (laut Pressemitteilung des Ministeriums vom 9. März 2018) seien 2018 insgesamt über 600 Lehrkräfte mehr eingestellt worden, als ausgeschieden sind.

Aus den oben vom Minister genannten Gründen führte dieser Zuwachs an Lehrkräften aber *nicht* zu einer nennenswerten Verbesserung der Unterrichtsversorgung. (Exakte Zahlen liegen erst nach der Auswertung des Stichtages vor). Erwartet

werden über alle allgemeinbildenden Schulformen rund 99% – nach bisher 98,7%.

In seiner Presseerklärung *Stabilisierungspaket Schulqualität in Zeiten des Lehrermangels* vom 8. August 2018 versprach der Kultusminister, dem anhaltenden Mangel an Lehrkräften zu begegnen: »Wir haben es beim Lehrkräftemangel weder mit einem niedersächsischen, noch einem kurzfristigen Übergangsphänomen zu tun. Deshalb müssen unterschiedliche Bausteine zusammengefügt werden zu einer konzentrierten Aktion gegen den Lehrkräftemangel«, erklärte Herr Minister Tonne.

ERGEBNIS:

Im Landtag teilte Herr Minister Tonne am 22. Juni 2018 auf Anfrage mit, dass mit Ablauf des Schuljahres 2017/18 umgerechnet auf Vollzeitlehreereinheiten (VZLE) 1.088 Pensionierungen anstehen, davon 861 (!) vorzeitige Pensionierungen. Bei tatsächlich 1.883 Neueinstellungen zu Beginn des Schuljahres 2018/19 wären rechnerisch etwa 800 Lehrkräfte mehr eingestellt worden, als zu dem Zeitpunkt ausschieden. Da tatsächlich nur 300 zusätzliche Lehrkräfte eingestellt wurden, muss die Information des Ministers im Juni im Landtag völlig daneben gelegen haben, denn sie wich offensichtlich um etwa 500 (=46%) von der Wirklichkeit ab. Wie viele Lehrkräfte am Ende des Schuljahres 2017/18 tatsächlich ausgeschieden sind, wurde nie von der niedersächsischen Landesschulbehörde (LSchB), der Arbeitgeberin der Lehrkräfte, veröffentlicht.

Die letzte Veröffentlichung der LSchB zu Pensionierungen wurde für das Jahr 2017 am 14. Februar 2018 veröffentlicht. Allerdings weicht die dort dokumentierte Zahl zum Beispiel an »Einstellungen auf Planstellen« mit 3.700 von den vom Ministerium veröffentlichten Einstellungen zum 1. Februar 2017 und zum 31. Juli 2017 von zusammen 2.847 Lehrkräften erheblich um 850 (30%) ab.

Zusammen mit den oben zitierten erheblichen Abweichungen bei den Zahlen der erwarteten Pensionierungen, die der Minister im Juni 2018 im Landtag nannte, sind erhebliche Zweifel an den Zahlen der LSchB angebracht.

Vielleicht liegt in diesen Zweifeln auch der Grund, dass auf eine vorausschauende Analyse künftiger Pensionierungen und damit verbundenen auch des Abgangs von Fächerkombinationen verzichtet wird. Als Folge davon hängt unser gesamtes Schulsystem mit Informationen über die Versorgung mit Lehrkräften und deren Fächerkombination völlig in der Luft!

So kann eine Verbesserung der katastrophalen Lage an unseren Schulen nie gestaltet werden. Der Minister muss den Mut aufbringen, diese Missstände, die er beim Amtsantritt von seiner Vorgängerin übernehmen musste, offen anzusprechen und sie zu ändern. Missstände mit netten Formulierungen weich zu spülen hilft nicht weiter.

Wie vom Minister erwartet, führten die zum Schuljahresbeginn 2018/19 nur 300 zusätzlich eingestellten Lehrkräfte nicht zu einer spürbaren Verbesserung der Kennzahl *Unterrichtsversorgung*. Am 22. Januar 2019 konnte Herr Minister Tonne eine Steigerung dieser Kennzahl als Durchschnitt über alle Schulformen und alle Landesteile zum Stichtag 23. August 2018 von 98,7% auf 99,4% (+0,7%) mitteilen:

	2018/19	2017/18	
Gymnasien	102,2%	100,7%	+1,5%
Grundschulen	101,7%	100,6%	+1,1%
Gesamtschulen	98,4%	97,6%	+0,8%
Realschulen	97,4%	97,4%	0%
Oberschulen	96,2%	95,9%	+0,3%
Hauptschulen	94,7%	95,6%	-0,9%
Förderschulen	93,4%	93,1%	+0,3%
Mittelwert	99,4%	98,7%	+0,7%

Diesen landesweit und schulformübergreifend durchschnittlichen Anstieg um +0,7% stellte Herr Minister Tonne als Ergebnis erfolgreicher Ministerarbeit heraus, so zum Beispiel in der *Celler Zeitung* vom 20. Januar 2019: »Die deutliche Verbesserung der Unterrichtsversorgung im Vergleich zu den Vorjahren bietet Grund zu Optimismus. Die im vergangenen Jahr gestarteten Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung tragen erste Früchte.«

Inwieweit die geringe Verbesserung auch eine Folge des Rückgangs der Schüler (w, m, d) um -1,7% im Vergleich zum Vorjahr ist, erwähnt der Minister nicht.

Die Berufsschulen weisen mit 90,7% die mit Abstand schlechteste Unterrichtsversorgung auf. Sie steht in eklatantem Widerspruch zur Bedeutung der Fachkräfteausbildung für unsere Wirtschaft. Gern wird unser duales Ausbildungssystem hoch gelobt – angesichts der tatsächlichen Unterrichtsversorgung an den BBS stellt sich dieses Lob aber eher als Sonntagsrede heraus!

Zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2018/19 wollte das Land Niedersachsen 1.250 neue Lehrer einstellen. Tatsächlich eingestellt werden konnten nur 1.108 neue Lehrkräfte (davon 99 Quereinsteiger). Ausgeschieden seien laut Minister-Information 750 Lehrkräfte (eine offizielle Zahl wurde von der LSchB nicht veröffentlicht). Damit lag die Steigerung bei rund 350 zusätzlichen Stellen (Pressemitteilung vom 30. Januar 2019).

Im Hinblick auf das Potential an neuen Lehrkräften zu Beginn des nächsten Schuljahres 2019/20 nannte der Minister erstmals die Zahl der zum Schuljahresbeginn in Niedersachsen fertig werdenden Referendare mit 1.600 (Presseerklärung vom 30. Januar 2019), davon 500 Grundschullehrer + 320 Haupt- und Realschullehrer = 820 GHR-Lehrkräfte. Minister Tonne: »Damit kann die Unterrichtsversorgung besonders an diesen Schulformen weiter angehoben werden.«

Seine Einschätzung überrascht insoweit, als im Juni 2018 der Minister im Landtag auf Anfrage mitgeteilte, dass für das Schuljahr 2018/19 für den Bereich GHR ein Bedarf von 1.500 Vollzeitlehreereinheiten bestanden hätte, dem nur 950 Bewerber gegenüberstanden (eingestellt wurden damals nur 633 Lehrkräfte, einschließlich 69 Quereinsteiger).

Am 5. April 2019 hatte der Minister dann in der *Neuen Osabrücker Zeitung* (NOZ) und später im NDR angekündigt, für das neue Schuljahr 2019/20 insgesamt 1.900 neue Lehrkräfte einstellen zu wollen, die sich auf die Schulformen wie folgt verteilen sollen:

650	Grund- Haupt- und Realschulen
500	Oberschulen
400	Gesamtschulen
180	Gymnasien
170	Förderschulen
<hr/>	
1.900	

Wieder sagt der Minister nichts zu geplanten Einstellungen an den Berufsschulen.

Auch macht der Minister drei Monate vor Ende des Schuljahres 2018/19 keine Aussage über die Pensionierungen zum Ende des Schuljahres, obwohl dies der LSchB bekannt sein muss (so wurden von der LSchB zum Beispiel alle Zahlen zu den niedersächsischen Schulen im Schuljahr 2017/18 im Mai 2019 veröffentlicht (80 Seiten). Darin enthalten ist auch eine Auswertung der Altersstruktur der Lehrkräfte. Die älteste Stufe umfasst 62 Jahre und älter, unterteilt nach Schulform und Lehramt). Es wäre also ein Leichtes, daraus die Zahl der erwarteten Pensionierungen auch vorausschauend zu veröffentlichen. Weil der Minister dieses Mal keine konkrete Pensionierungszahl veröffentlicht, liegt die Vermutung nahe, dass nach der »Panne« vor einem Jahr im Landtag auf diese vorausschauende Veröffentlichung bewusst verzichtet wurde. Lieber tappt man weiter im Dunkeln!

Zurück zur Gesamtzahl der vom Minister geplanten Einstellungen zu Beginn des Schuljahres 2019/20: Da die von Minister Tonne genannte Zahl von 1.900 Lehrkräften um 300 über der Zahl der in Niedersachsen fertig werdenden Referendare liegt, geht der Minister offensichtlich per Saldo wieder von einem erheblichen Zugang an neuen Lehrkräften aus anderen Bundesländern aus.

Dagegen erwartet Herr Minister Tonne bei den GHR-Lehrkräften bereits laut seiner eigenen Planung, dass fast 200 in Niedersachsen ausgebildete Lehrkräfte von anderen Bundesländern abgeworben werden, ohne dass er dies auch ausspricht. Seine Annahme dürfte eine Folge der nicht durchgeführten Anpassung der Besoldung dieser Lehrkräfte auf A13 sein, die in einigen Bundesländern (zum Beispiel in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen) längst umgesetzt wurde. Ob der Minister die vermutete Abwanderungsquote ausreichend geschätzt hat, muss abgewartet werden.

Ein Vergleich dieser Planeinstellungen mit den tatsächlichen Einstellungszahlen im Schuljahr 2018/19 je Schulform bringt Interessantes. Damals wurden eingestellt:

633	Grund-, Haupt- und Realschulen
235	Oberschulen
490	Gesamtschulen
358	Gymnasien
167	Förderschulen
<hr/>	
1.883	

Auffallend ist die fast identische Ist-Zahl im Vorjahr mit den geplanten Einstellung bei den GHR-Lehrkräften. Im Vorjahr waren aber an den Grundschulen (GS) einmalig Kapazitäten von umgerechnet 500 Lehrkräften freigeworden durch die Verlagerung der Sprachförderung von den GS in die Kitas. Wenn im Vor-

jahr trotzdem 633 neue Lehrkräfte eingestellt werden mussten, können die für das Schuljahr 2019/20 geplanten Einstellungen in gleicher Höhe wohl kaum zu einer nennenswerten Verbesserung der Unterrichtsversorgung beitragen. Einleuchtend ist die Annahme des Ministers jedenfalls nicht, begründet hat er sie auch nicht.

Auffallend ist weiter, dass die geplanten Einstellungen von Gymnasiallehrkräften im Vergleich zum Vorjahr halbiert werden sollen, ohne dass der Minister eine Begründung gab. Vermutet werden kann, dass Herr Minister Tonne davon ausgeht, auf zusätzliche Einstellungen über den Bedarf hinaus wie in den Vorjahren verzichten zu können, weil im Bereich GHR mit den geplanten Einstellungen von 650 Lehrkräften dort der Bedarf auch tatsächlich gedeckt werden kann. Schauen wir mal nach den Sommerferien, ob diese Spekulation aufgegangen ist.

Zusammenfassung: Die Intransparenz der veröffentlichten Zahlen bleibt unverändert bestehen, auch weil eine vorausschauende Veröffentlichung von ausscheidenden Lehrkräften fehlt und geplante Einstellungen an den Berufsschulen verschwiegen werden. So lässt sich eine bessere Versorgung der Schulen mit Lehrkräften nicht einleiten.

□ [Versprochen, nicht gehalten](#)

2. Die Berechnung der Kennzahl zur Unterrichtsversorgung ist Mist

Zur Berechnung dieser Kennzahl sagte uns der Minister im Originalton: »Die Berechnung der Kennzahl zur Unterrichtsversorgung ist Mist!« Diesen *Mist-Zustand* will der Minister überwinden und gemeinsam mit Schulexperten (w, m, d) neue aussagefähige Konzepte entwickeln. Das lässt uns für die Zukunft hoffen, dass diese Kennzahl, die die tatsächliche Unterrichtsversorgung an den Schulen verschleiert, endlich durch eine transparente und aussagefähige Kennzahl ersetzt werden wird.

ERGEBNIS:

Am 20. Januar 2019 gab der Minister für das Schuljahr 2018/19 die offizielle Kennzahl zur Unterrichtsversorgung mit 99,4% bekannt (+0,7% zum Vorjahr). Seine zitierte heftige Aussage wenige Monate zuvor, mit der er diese Kennzahl als »großer Mist« bezeichnet hatte (in der Presseerklärung *Stabilisierungspaket Schulqualität in Zeiten des Lehrermangels* vom 8. August 2018 formulierte er eleganter: Die Berechnung der Unterrichtsversorgung sei »aus der Zeit gefallen«), hatte er vielleicht verdrängt. Ein Zufall war das wohl nicht, denn der Minister hatte seine klare Aussage zu dieser unsinnigen Kennzahl nie wiederholt. Vielleicht musste er zurückrudern und hoffte, dass niemand es bemerkt.

Folglich bleibt auch hier alles beim Alten. Eine aussagefähige Kennzahl zur Unterrichtsversorgung wird es auch künftig nicht geben, stattdessen bleibt es dabei, dass die tatsächliche Unterrichtsversorgung an den Schulen verschleiert wird!

Der Philologenverband brachte es am 20. Januar 2019 gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) auf den Punkt: »Die bisherige und jetzige Kennzahl »Unterrichtsversorgung« ist ein rein statistischer Wert, der die Realität an den Schulen verschleierte.« Mittlerweile seien neun Fächer an den

Gymnasien Mangelfächer. Insbesondere in Mathematik und anderen Naturwissenschaften falle viel Unterricht aus.

Trotz des klaren Versprechens von Herrn Minister Tonne, hier eine aussagefähige Kennzahl zu entwickeln, bleibt uns die alte Kennzahl, die der Minister als großen Mist bezeichnet hatte, dauerhaft erhalten, und damit auch dauerhaft die Verschleierung der wirklichen Lage der Versorgung der Schulen mit Lehrkräften.

□ **Versprochen, nicht gehalten**

3. Zahl von Quereinsteigern erneut gestiegen

Ohne Quereinsteiger (w, m, d) ging gar nichts mehr! Zum Schuljahresbeginn 2018/19 machten die Quereinsteiger mit 231 Kräften bereits 12,3% (nach 10,8% zum Schuljahresbeginn 2017/18) aller Einstellungen aus.

Mit 93 Quereinsteigern von gesamten 490 Einstellungen am stärksten betroffen waren zu Beginn dieses Schuljahres die Gesamtschulen, die damit die GHR-Schulen (69 Quereinsteiger) als bisher am stärksten von Quereinsteigern betroffene Schulform ablösen.

Positiv bewerteten wir dagegen das Vorhaben von Herrn Minister Tonne, künftig für Quereinsteiger pädagogische Schulungen vor Beginn ihres Einsatzes in den Schulen einzurichten. Dazu schuf Herr Minister Tonne kurzfristig 100 zusätzliche Stellen an Studienseminaren, in denen aber auch Gymnasiallehrkräfte im Vorbereitungsdienst geschult werden sollen.

ERGEBNIS:

Die Zahl der Quereinsteiger sank im zweiten Schulhalbjahr 2018/19 mit 99 drastisch um 57%, ohne dass es einen ministeriellen Hinweis zum Grund für diesen erheblichen Rückgang gab. Es kann nicht daran gelegen haben, dass es keinen Bedarf an weiteren Lehrkräften gab, denn der Minister konnte von den geplanten 1.250 Lehrkräften nur 1.108 Lehrkräfte (einschließlich der 99 Quereinsteiger) tatsächlich einstellen. Die Differenz ergibt einen Bedarf an ungefähr 140 weiteren Quereinsteigern. Wenn das verfolgt worden wäre, dann wären wieder 240 Quereinsteiger eingestellt worden – (fast) so viele wie zu Beginn des Schuljahres 2018/19 (damals 231).

Auch werden immer noch keine Zahlen darüber vorgelegt, ob und wenn ja, wie viele Quereinsteiger ihren Einstieg in den Lehrerberuf wieder abbrechen. Trotzdem hatten wir auch dieses Vorhaben von Herrn Minister Tonne, Quereinsteiger durch pädagogische Schulungen zu qualifizieren, gelobt.

Die Frühjahrssitzung des niedersächsischen Landeselternrates gemeinsam mit Vorständen der KERs, des RER und der StERs begann am 24. Mai 2019 im Landtag mit einem Treffen der bildungspolitischen Sprecher aller Landtagsfraktionen: Stefan Politze (SPD), Mareike Wulf (CDU), Julia Willie Hamburg (Die Grünen), Björn Festerling (FDP) und Harm Rykena (AfD). Dabei kam zur Schulung von Quereinsteigern Überraschendes heraus: Diese pädagogischen Schulungen beschränken sich auf eine einzige Schulungswoche! In fünf Tagen kann kaum fehlendes pädagogisches Wissen geschult werden. In der Ankündigung des Ministers zur Schulung von Quereinsteigern wurde uns der Eindruck einer deutlich höheren Schulungsintensität vermittelt.

□ **Viel versprochen, wenig gehalten**

4. Zusätzliche Lehrkräftekapazitäten durch Anhebung der nichtanrechnungsfähigen Stunden von Pensionären

Der Minister plante, die Hinzuverdienstgrenzen für pensionierte Lehrkräfte deutlich anzuheben, um pensionierten Lehrkräften einen Anreiz zu weiteren Unterrichtsstunden zu geben. Bisher machen diese Kapazitäten umgerechnet nur 60 Vollzeitlehrkräfte aus.

ERGEBNIS:

Schon bei der Vorstellung seines Maßnahmenpakets zur Verbesserung der Lage an den Schulen (Pressemitteilung *Stabilisierungspaket Schulqualität in Zeiten des Lehrermangels* vom 8. August 2018) hatte der Minister auf die Anhebung der nichtanrechnungsfähigen Stunden der Pensionäre hingewiesen. Am 20. Januar 2019 bestätigte der Minister im NDR, dass die Hinzuverdienstgrenze angehoben wurde. Die pensionierten Lehrkräfte dürften jetzt doppelt soviel unterrichten wie bisher.

In der unter Punkt 3 erwähnten Frühjahrssitzung des LER am 24. Mai 2019 wurde uns von einem der bildungspolitischen Sprecher mitgeteilt, dass leider überhaupt kein Interesse von pensionierten Lehrkräften an Unterrichtsstunden über die Pensionsgrenze hinaus bestünde. Auf dessen Hinweis schilderte aber eine Elternvertreterin genau gegenteilige Erfahrungen: Ein Lehrer an ihrer Schule hatte ein großes Interesse an der Weiterarbeit über seine Pensionsgrenze hinaus. Es gäbe überhaupt keine Informationen darüber, wohin sich Interessenten wenden müssen, um Details zu erfahren. Schließlich habe die Elternvertreterin zusammen mit dem Lehrer sich mühsam Schritt für Schritt darum gekümmert, weil sie größtes Interesse daran hatte, dass der Lehrer weiter an der Schule unterrichtet. Sie musste feststellen, dass zum Beispiel seitens der LSchB oder auch des Ministeriums keinerlei Aktivitäten gestartet worden waren, Lehrkräfte, die kurz vor der Pensionierung stehen, über den Beschluss zu informieren, doppelt so viele Stunden unterrichten zu können, ohne dass der Verdienst auf die Pension angerechnet würde. Stattdessen müssten sich interessierte Lehrkräfte mühsam von Stelle zu Stelle durchfragen.

Offenbar ist niemand in der LSchB und auch niemand im Kultusministerium auf die Idee gekommen, dass aktive Werbung um Weiterarbeit pensionierter Lehrkräfte hätte anders aussehen müssen! Es reicht eben nicht aus, Gutes zu beschließen, sondern die Umsetzung der beschlossenen Maßnahme muss ernsthaft und mit Nachdruck verfolgt werden.

□ **Angekündigt, beschlossen, aber Umsetzung mangelhaft**

5. Abordnungen an Grund-, Haupt- und Realschulen

Auch zu Beginn des Schuljahres 2018/19 konnten mit 358 Lehrkräften wieder deutlich mehr Gymnasiallehrer (w, m, d) eingestellt werden, als für die Gymnasien unmittelbar erforderlich waren. Um diese Gymnasiallehrkräfte in Niedersachsen zu halten, aber auch wegen der Wiedereinführung von G9, was zu einem zusätzlichen Jahrgang an den Gymnasien ab 2020/21 führt, war dem Minister dieser vorübergehende Überhang die beste Lösung. Seine Begründung war uns verständlich.

Damit wird aber auch der enge Zeitrahmen deutlich, in dem eine Lösung her muss, denn die Möglichkeit, deutlich mehr Gymnasiallehrer einstellen zu können und sie in der Zwi-

schenzeit an GHR-Schulen abordnen zu können, um dort den Lehrkräftemangel auszugleichen, ist zu Beginn des Schuljahres 2020/21 nicht mehr gegeben.

Ein Ziel des Ministers war es, die Abordnungskarawane deutlich zu reduzieren, weil sowohl die Belastungen der Gymnasiallehrer enorm sind und weil die Schulen, an die abgeordnet wird, diese Abordnungen häufig nicht mal als Notlösung ansehen.

Auf die Frage, warum Gymnasiallehrer nicht direkt bei GHR-Schulen angestellt werden, erklärte der Minister, dass andernfalls diese Lehrkräfte sich außerhalb Niedersachsens bewerben würden und damit für unser Bundesland verloren wären. Deshalb sei ihm das Abordnungssystem die bessere von zwei schlechten Alternativen. Die Begründungen für Abordnungen konnten wir nachvollziehen.

ERGEBNIS:

Der Umfang aller Abordnungen betraf zu Beginn des Schuljahres 2018/19 insgesamt 2009 Lehrer (w, m, d) mit zusammen 18.500 Stunden. Gegenüber dem Vorjahr waren das –220 Lehrer (–10%) und –2.200 Unterrichtsstunden (–11%).

Die Abordnungen allein an GS machten dagegen nur 406 Lehrer und 2.660 Stunden aus. Gegenüber dem Vorjahr waren das nur –34 Lehrer (–8%) weniger, aber +410 Stunden (+19%) mehr. Berücksichtigt man die vom Minister am 16. Februar 2019 genannte Zahl von umgerechnet 500 Vollzeitlehrereinheiten an GS, die bisher durch die Sprachförderung an den Kitas gebunden waren, so fällt auf, dass diese einmalige Kapazitätserhöhung an den GS zu einem viel größeren Rückgang der Abordnungskarawane von Gymnasiallehrkräften an GS hätte führen müssen, statt nur um 34 Lehrer. Eine Begründung für diesen unerklärlich geringen Rückgang gab es seitens des Ministeriums nie.

Der Umfang der Abordnungskarawane zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres 2018/19 betraf 2.590 Lehrer mit 22.050 Stunden. Im Vergleich zum Schuljahresbeginn waren das zwar +540 Lehrer (+26%) und +3.830 Unterrichtsstunden (+16%) mehr, allerdings zählt vor allem der Vergleich zum zweiten Schulhalbjahr 2017/18. Im Vergleich dazu waren es –288 Lehrer (–10%) und –2.050 Unterrichtsstunden (–9%). Die Abordnungen allein an GS sanken auf 524 Lehrer mit 3.390 Unterrichtsstunden. Das waren im Vergleich zum Vorjahr –234 Lehrer (–31%) und –1.075 Unterrichtsstunden (–24%).

☑ **Versprochen, gehalten**

6. Stadt-Land-Gefälle der Unterrichtsversorgung

Das Stadt-Land-Gefälle der Unterrichtsversorgung ist ein großes Problem, denn Anstellungen in Großstädten sind gefragt, aber nur 20 km entfernt aufs Land wollen Lehrkräfte häufig nicht hin.

ERGEBNIS:

Das Problem schilderte der Minister uns in unserem Gespräch ausführlich. Es ist auch aus anderen Berufen bekannt, zum Beispiel von Ärzten. Nach einem Jahr im Amt wurde Herr Minister Tonne von Saskia Döhner, der Redakteurin zum Thema *Schulen* bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ), gefragt: »Besonders fehlen Lehrer auf dem Land. Braucht Niedersach-

sen eine Prämie für Lehrer, die in diese Gegenden gehen?« Der Minister antwortete damals »Wir werden Anreize schaffen müssen« (RND, 18. November 2018).

Weil eine Trennung der Kennzahl *Unterrichtsversorgung* nach dem Stadt-Land-Gefälle dokumentieren würde, wie stark das Gefälle tatsächlich ist, werden diese drastischen Unterschiede in einem Durchschnittswert für Niedersachsen bzw. je Schulform in Niedersachsen verschleiert. Trotzdem kann das erhebliche Stadt-Land-Gefälle mühsam aus der Drucksache 18/2608 des Niedersächsischen Landtages herausgelesen werden: Fast immer dort, wo die Kennzahl einer Schule deutlich unter dem Mittelwert der Schulform liegt, handelt es sich um einen Ort auf dem Land.

Obwohl eine Trennung der Kennzahl Unterrichtsversorgung nach dem Stadt-Land-Gefälle dokumentieren würde, wie stark das Gefälle tatsächlich ist, werden diese drastischen Unterschiede in einem Durchschnittswert für Niedersachsen bzw. je Schulform in Niedersachsen verschleiert. Trotzdem kann das erhebliche Stadt-Land-Gefälle mühsam aus der Drucksache 18/2608 des Niedersächsischen Landtages herausgelesen werden: Fast immer dort, wo die Kennzahl einer Schule deutlich unter dem Mittelwert der Schulform liegt, handelt es sich um einen Ort auf dem Land.

Obwohl der Minister in unserem Gespräch das Problem als wichtig angesprochen hatte, unternahm er leider auch hier nichts. Folglich wird sich an dem extremen Nachwuchsmangel auf dem Land auch in Zukunft nichts ändern. Weil die Kennzahl *Unterrichtsversorgung* auch künftig unverändert bleibt, wird auch in Zukunft die besonders schlechte Versorgung auf dem Land verschleiert bleiben.

☐ **Versprochen, nicht gehalten**

7. 70 % der eingestellten Lehrkräfte wurden in Niedersachsen ausgebildet

Diese Zahl mache deutlich, dass Niedersachsen für Lehramtskandidaten aus anderen Bundesländern durchaus attraktiv sein müsse, denn 30% der eingestellten Lehrkräfte wären aus anderen Bundesländern zu uns gekommen, hatte der Minister unterstrichen, um die Attraktivität der Bedingungen für Lehrkräfte in Niedersachsen uns als positiv zu schildern. Offen blieb aber die Frage, wie viele Lehramtsreferendare (w, m, d) nach ihrer Ausbildung in Niedersachsen von anderen Bundesländern abgeworben wurden.

ERGEBNIS:

Möglicherweise geht der Minister bei seiner Planung für die Einstellungen zum Schuljahresbeginn 2019/20 (siehe NOZ vom 5. April 2019 – hier zitiert unter Punkt 1) davon aus, dass es wieder gelingt, 300 Lehrkräfte mehr aus anderen Bundesländer abwerben zu können, als von den in Niedersachsen fertig werdenden Referendare von anderen Bundesländern abgeworben werden.

Da der Minister allein bei den von ihm als dann fertigen 820 GHR-Lehrkräften selber davon ausgeht, nur 650 einstellen zu können, erwartet er folglich 170 Abwerbungen (–21%). Unter der optimistischen Annahme, dass alle Referendare anderer Schulformen sich in Niedersachsen einstellen lassen, hätten wir es mit folgenden Zahlen zu tun:

- 1.600 fertige Referendare in Niedersachsen, davon
 - 170 GHR-Abwerbungen
 - + 470 Einstellungen durch Abwerbungen aus anderen Bundesländern (≅25 % aller Einstellungen)
-
- 1.900 Einstellungen

Nachvollziehbar ist, dass im Ministerium davon ausgegangen wird, dass von den 820 GHR-Lehrkräften, die zu Beginn des Schuljahres 2019/20 fertig werden, etliche von anderen Bundesländern abgeworben werden, zum Beispiel wegen höherer Bezahlung. Schauen wir mal nach den Sommerferien, ob die nur 170 Abwerbungen gut geschätzt wurden.

Ob die weitere Annahme realistisch ist, dass Referendare für die anderen Schulformen sich nicht von anderen Bundesländern abwerben lassen, wird sich auch erst nach den Sommerferien zeigen.

Auf Grund der Erfahrungen aus den zurückliegenden Jahren scheint die Einstellungsplanung ehrgeizig zu sein.

Unklar sind auch noch die Folgen von deutlich gestiegenen Antragszahlen auf Versetzungen in andere Bundesländer. Mitte Oktober 2018 berichtete der NDR, dass im laufenden Schuljahr 2018/19 rund 1.000 Versetzungsanträge gestellt worden wären. Damit habe sich die Zahl der Versetzungsanträge in nur fünf Jahren verdoppelt! Auch diese Entwicklung unterstreicht, dass in Niedersachsen offensichtlich dringender Verbesserungsbedarf bei den Bedingungen für Lehrkräfte besteht!

□ **Versprochen, nichts unternommen**

8. In ostdeutschen Ländern wird wieder mit dem Beamtenstatus um Lehrer geworben

In Niedersachsen kämen wir aber mit angestellten Lehrkräften zur Zeit noch hin, so der Minister damals.

ERGEBNIS:

Uns ist nicht bekannt, dass in Niedersachsen überlegt wird, Lehramtsbewerber (w, m, d) mit häufigeren und früheren Verbeamtung zu locken.

9. Zeitnahe Imagekampagne für den Lehrerberuf nötig

Eine nationale Kampagne hätte der Minister bevorzugt, weil es nicht weiterhilft, wenn ein Bundesland gezielt Lehrer aus anderen Bundesländern anwirbt, denn der Lehrermangel sei ein nationales Problem. Leider habe die Kultusministerkonferenz im Juni 2018 aber eine nationale Kampagne abgelehnt. Deshalb wolle der Minister zeitnah eine niedersächsische Kampagne entwickeln und einsetzen.

ERGEBNIS:

Herr Minister Tonne äußerte sich hierzu in seiner Presseerklärung *Stabilisierungspaket Schulqualität in Zeiten des Lehrermangels* vom 8. August 2018: »Ziel der niedersächsischen Imagekampagne soll sein, aktiv um Lehrkräfte zu werben und grundsätzlich auf die »schönen Seiten« des Berufs aufmerksam machen.« Tonne weiter: »Es wird darum gehen, den Lehrkräften verstärkt gesellschaftliche Anerkennung und Respekt entgegenzubringen und zu verdeutlichen, welchen wichtigen Beitrag

sie für uns alle leisten«. Der erste Schritt sei ein umfassendes Internetportal, das übersichtlich und zielgruppenorientiert über die verschiedenen Wege in den niedersächsischen Schuldienst informiert. Weitere Bausteine einer Werbekampagne würden gegenwärtig erarbeitet.

Seitdem ist von der Arbeit an der Imagekampagne nichts mehr zu hören. Das ist deswegen merkwürdig, weil die Umsetzung höchste Priorität haben müsste, wenn man den Lehrernachwuchs wirklich erheblich steigern will.

Acht Monate später bestätigte Minister Tonne am 5. April 2019 gegenüber dem NDR zum Lehrermangel, dass das Problem offenbar in der fehlenden Attraktivität des Berufs liegt. Deswegen starte das Land u. a. eine Imagekampagne, »um auf die Vorzüge des Lehramts in Niedersachsen aufmerksam zu machen und für den Einstieg in den Lehramtsberuf in Niedersachsen zu werben«. Das klingt so, wie es offenbar auch ist: In den letzten acht Monaten ist nichts passiert. Auch ist nichts darüber bekannt, von wem die Imagekampagne entwickelt werden soll, wann sie vorgestellt und wo sie geschaltet werden soll. War die Ankündigung einer Imagekampagne ernst gemeint?

□ **Angekündigt, bestätigt, aber nicht umgesetzt**

10. Imagekampagne allein reicht nicht

Eine Imagekampagne ist gut, reicht aber nicht, um mehr Interesse vor allem für den Lehrerberuf an Grund-, Haupt- und Realschulen zu wecken. Wir sprachen den Minister auf seine verklausulierte Formulierung in der Presseerklärung *Stabilisierungspaket Schulqualität in Zeiten des Lehrermangels* vom 8. August 2018 zur Frage der Besoldung an. Damals hatte er ausgeführt:

»Ich habe mich immer dafür eingesetzt, dass die Besoldungsstruktur überprüft wird. Das Kabinett hat [...] über eine bessere Bezahlung von Grund-, Haupt- und Realschulkräften beschlossen, dass bis zum Abschluss des Haushaltsaufstellungsverfahrens [für 2019] eine besoldungsrechtliche Prüfung abgeschlossen sein sollte. Das ist eine gute Entwicklung.«

Und weiter sagte Tonne: »Die GHR-Lehrkräfte wissen mich auf ihrer Seite: Ich setze mich dafür ein, dass das Vorhaben Priorität erhält.«

Der Minister bestätigte, dass er sich eine Anhebung der Besoldung auf A13 vorstellen kann. Aber eine Arbeitszeitverkürzung, wie vom Lehrerverband gefordert, würde es nicht geben.

ERGEBNIS:

Am 22. Januar 2019 wiederholte der Minister im Gespräch mit Saskia Döhner von der HAZ, dass er sich Ende März mit den Bildungsverbänden zu einem Runden Tisch treffen werde, um eine bessere Besoldung für GHR-Lehrkräfte sowie die Lehrerarbeitszeit zu diskutieren. Vor allem ältere Lehrer, Teilzeitkräfte und Schulleiter müssten entlastet werden.

Noch am 5. April 2019 bestätigte Herr Minister Tonne gegenüber dem NDR zum Lehrermangel: »Da haben wir mehrere Bälle in der Luft. Es geht um schrittweise Verbesserungen bei Bezahlung, Arbeitszeit und Entlastung.« Eine bessere Bezahlung zum Berufsstart käme vor allem Lehrern an Grund-, Haupt- und Realschulen zu Gute.

Trotz seiner regelmäßigen Wiederholungen, wenigstens schrittweise die Erhöhung der Besoldung der GHR-Lehrkräfte auf A13 durchzusetzen, konnte sich Herr Minister Tonne im Landeskabinett offenbar nicht durchsetzen. Am 16. Mai 2019 wies Tonne in einem vom Blickpunkt Nienburg durchgeführten Gemeinschaftsinterview mit Ministerpräsident Weil erneut auf die Notwendigkeit des Handlungsbedarfs bei der Besoldungserhöhung ausdrücklich hin: »[...] in etlichen Bundesländern gibt es Bestrebungen, die Besoldung der sogenannten GHR-Lehrer zu verbessern.« Aber der anwesende Ministerpräsident Weil »ergänzte« die Aussagen von Tonne mit den Worten: »Es kommt noch ein Problem dazu: In Niedersachsen werden viele Lehrer verbeamtet. Und im Beamtenrecht gibt es das Abstandsgebot. Würden die Grundschullehrer eine Besoldungsstufe nach oben gehen, dann würden auch die Gymnasiallehrer aufgrund dieser Regelung einen Anstieg fordern.« Diese »Ergänzungen« des Ministerpräsidenten waren als klare Absage an die Pläne seines Kultusministers zur Erhöhung der Besoldung zu verstehen.

Insofern kam die Ankündigung des Finanzministers am 13. Mai 2019, nach der aktuellen Steuerschätzung sei kein Geld für eine Besoldungserhöhung der GHR-Lehrkräfte verfügbar, nicht überraschend. Auf den massiven Protest von Tonne warten wir bis heute vergebens. Wenn Herr Minister Tonne protestiert hätte, hätten ihn die Elternvertreter und Eltern der Region Hannover ganz sicher unterstützt.

Bei der Besoldung von GHR-Lehrkräften wird von der Landesregierung übersehen, dass nicht nur viele Grundschullehrkräfte fehlen, sondern auch 180 Grundschulleiter, wie die Landesregierung im März 2019 bestätigen musste. Das heißt, dass eine wachsende Zahl von Grundschulen ohne Leitung bleibt.

Auch diese erschreckende Zahl unterstreicht, dass es mit einer Imagekampagne allein nicht getan ist. Es ist höchste Zeit, dass die Landesregierung endlich den Sonntagsreden, eine gute Ausbildung unserer Kinder sei die beste Versicherung für die Zukunft unseres Landes, endlich auch den dafür erforderlichen finanziellen Rahmen schafft!

□ **Versprochen, aber Kultusminister Tonne konnte sich im Kabinett nicht durchsetzen und schweigt**

11. Gemeinsame Planung der Ausbildungskapazitäten durch das Wissenschafts- und das Kultusministerium

Minister Tonne: »Wir haben Nachholbedarf für eine bessere Planung, wie viele Lehrkräfte wir wann benötigen. Dazu gehört auch, die Anzahl der Studienplätze entsprechend anzupassen, ebenso die Kapazitäten an den Studienseminaren.«

Dazu soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe bereits bis September–Oktober 2018 Ergebnisse vorlegen mit dem Ziel, Kapazitätsanpassungen an den Hochschulen bereits im Herbst 2019 vorzunehmen. Das war auch aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Vorhaben, in einigen Jahren die Unterrichtsversorgung dauerhaft zu verbessern, und der Zeitplan war ehrgeizig.

Dazu ist notwendig, dass die LSchB in der Lage ist, folgende notwendige Zahlen zur Verfügung zu stellen:

- ◆ Wie viele Lehrer mit welchen Fächerkombinationen werden wann in Pension gehen?
- ◆ Wie entwickelt sich dazu die Zahl der Studierenden mit entsprechenden Fächerkombinationen?

- ◆ Welche Ausbildungskapazitäten müssen an den Hochschulen geschaffen werden?

Bislang ist die LSchB nur in der Lage, zu Beginn jedes Schulhalbjahres die Zahl der geplanten und der tatsächlichen Einstellungen von Lehrkräften pauschal nach Köpfen mitzuteilen, untergliedert in die Schulformen Grund-, Haupt- und Realschulen, Oberschulen, Förderschulen, Gesamtschulen und Gymnasien. Die tatsächlich in den verschiedenen Schulformen benötigten bzw. durch Einstellungen gesicherten Fächerkombinationen werden dagegen bisher nicht mitgeteilt.

Herr Minister Tonne hatte durch seine klare Ansage, das bisherige Planungschaos endlich zu beseitigen, besonders auch durch seine anspruchsvolle Vorgabe beim Zeitplan, von uns Elternvertretern volle Zustimmung erhalten.

ERGEBNIS:

Bereits in der Presseerklärung *Stabilisierungspaket Schulqualität in Zeiten des Lehrermangels* vom 8. August 2018 und erneut am 14. Oktober 2018 im Gespräch mit Michael Berger (RND) sprach Minister Tonne über diese wichtige Arbeitsgruppe von Wissenschafts- und Kultusministerium, die wesentlich genauer berechnen soll, wie viele Lehrkräfte künftig benötigt werden. So wolle der Kultusminister Fehlplanungen und akuten Lehrermangel künftig vermeiden.

Beim Herbsttreffen des LER zusammen mit den Vorständen der KERs, des RER und der StERs am 24. November 2018 antwortete der Minister auf die direkte Nachfrage von anwesenden Mitgliedern des RER-Vorstandes nach den Ergebnissen dieser Arbeitsgruppe: »Sie liegen vor, sind aber noch nicht veröffentlicht.«

Was wir damals aber nicht wussten, war ein Hinweis vom Minister im zweiten Teil des erwähnten Gesprächs mit Michael Berger am 14. Oktober 2018 auf eine Modellrechnung für die Jahre 2018–2030, aus der hervorgehe »dass Niedersachsen und Bremen vom Jahr 2021 an dauerhaft mehr Lehrer ausbilden, als benötigt werden.«

Vor diesem Hintergrund erscheint nachvollziehbar, dass der Minister möglicherweise zur Auffassung kam, dass Ergebnisse dieser von ihm zunächst forcierten Planungsgruppe entbehrlich sind. Allerdings sagte er in diesem Interview zum Thema der GHR-Lehrkräfte: »Das Land prüfe, ob man die bereits erhöhte Zahl von Plätzen an den Studienseminaren noch einmal aufstocke.«

Seit dem war von dieser interministeriellen Arbeitsgruppe vom Kultusminister – mit Ausnahme seiner bereits zitierten Antwort auf unsere Frage beim Treffen mit LER und anderen am 24. November 2018 – nichts mehr zu hören.

Anlässlich der unter Punkt 3 erwähnten Frühjahrssitzung des LER am 24. Mai 2019 wurde uns von bildungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen bestätigt, dass diese Arbeitsgruppe tatsächlich im Oktober 2018 ein einziges Mal zusammengesessen sei, allein um organisatorische Fragen zu besprechen. Mehr sei bis heute nicht geschehen!

Diese Aussage widerspricht der Antwort des Ministers auf unsere Frage sechs Monate zuvor (siehe oben). War die Antwort des Ministers damals korrekt?

Weiter wurde uns von den bildungspolitischen Sprechern bestätigt, dass auch ihnen keine Zahlen bekannt seien, wie viele Lehrer zu welchem Zeitpunkt in Pension gehen. Entsprechend sei ihnen auch nicht bekannt, welche Fächerkombinationen durch bevorstehende Pensionierungen künftig wegfallen. Bestätigt wurde uns, dass diese Zahlen der LSchB eigentlich bekannt sein müssten.

Dass auf dieser mangelhaften Zahlengrundlage aber eine systematische Planung der Ausbildungskapazitäten nicht möglich ist, leuchtet ein. Die konsequente Umsetzung der von Minister Tonne angekündigten Planungsschritte wurden so unmöglich gemacht. Es verstärkt sich der Eindruck, die von ihm als notwendig und zielführend erkannten Schritte werden – von wem auch immer – verhindert!

Nach den Hinweisen des Ministers auf Modellrechnungen, dass ab 2021 jährlich mehr Lehrkräfte ausgebildet werden, als benötigt werden (RND, 14. Oktober 2018), wäre das nicht verwunderlich!

□ **Versprochen, nicht gehalten**

Zusammenfassung

Herr Kultusminister Tonne erreichte nur $\frac{1}{11}$ seiner Punkte, und den einen Punkt 3 auch nur knapp und anders als erwartet. Die Bilanz seiner aus unserer Sicht hoffnungsvollen Ankündigungen enttäuscht.

Die riesigen Probleme, die sich in den zurückliegenden etwa 15 Jahren an Niedersachsens Schulen durch politische Versäumnisse aufgestaut haben, kann niemand kurzfristig lösen. Aus unserer Sicht kann es nur darum gehen, Maßnahmen einzuleiten, die geeignet sind, den großen Lehrkräftemangel an niedersächsischen Schulen künftig Schritt für Schritt zu reduzieren.

Weil wir Elternvertreter um die enorme Aufgabe wissen, bringen wir für viele Verzögerungen Verständnis auf. Was uns empfindlich stört, ist aber, wenn der Öffentlichkeit dargestellt wird, dass der Minister mit seinen Maßnahmen im Zeitplan sei, tatsächlich aber (fast) nichts vorangeht, wie wir hier im Detail dokumentiert haben.

Angaben aus dem Kultusministerium sind häufig nicht transparent und verschleiern deshalb eher als dass sie nach-

vollziehbare Fakten dokumentieren. Deshalb bedarf es für ehrenamtlich in der Elternvertretung auf Zeit tätige Menschen einer jahrelangen intensiven Einarbeitung, um die Informationen und ihre komplexen Zusammenhänge zu durchschauen. Unsere in einer kaum überschaubaren Schulbürokratie hauptberuflich tätigen Gesprächspartner dagegen sind uns immer um Längen voraus.

Durch seine Offenheit und seinen angekündigten Maßnahmenkatalog im Gespräch mit dem Vorstand des RER Hannover weckte der Kultusminister hohe Erwartungen, die er im Laufe des Schuljahres 2018–2019 enttäuschte.

Niedersachsen braucht für eine mittelfristige Besserung u. a. die vom Minister bereits im August letzten Jahres geplanten Maßnahmen:

- ◆ Missstände müssen klar benannt werden ohne Beschwichtigungen wie in der Vergangenheit. Zum Beispiel war des Ministers Aussage »die Berechnung der Unterrichtsversorgung ist Mist« ein guter Anfang.
- ◆ Die Zusammenarbeit zwischen dem Kultus- und dem Wissenschaftsministerium, um systematischere Planung der Studienplatz-Kapazitäten zur Lehrerausbildung umzusetzen muss energisch angegangen werden.
- ◆ Besoldungsgruppe A13 für Grundschullehrer (w, m, d). Das Abstandsgebot ist wegen der Angleichung der Ausbildung für Grundschulen an die Ausbildung für höhere Schulformen nicht gerechtfertigt. Im Gegenteil: Nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz muss es A13 für alle geben.
- ◆ Die Werbekampagne für den Lehrerberuf muss kommen.

Außerdem:

- ◆ Eine Überarbeitung und Kontrolle der Arbeitsweise der Landesschulbehörde ist dringend notwendig, damit die LSchB sinnvolle und transparente Zahlenwerke über den Ist-Zustand und die vorhersehbaren Änderungen in den folgenden Jahren an den niedersächsischen Schulen erstellt und veröffentlicht.

Das alles wird gelingen, wenn der Kultusminister das, was er geplant hat, auch durchsetzt und die Landesregierung ihn dabei auch unterstützt.

Kontakt: Wolf Grütter, vorstand@regionseaternrat.de